

## Gruppe

im Sindelfinger Gemeinderat

Rathaus, 71065 Sindelfingen

Sprecher: Richard Pitterle

E-Mail: richard.pitterle@linke-sindelfingen.de

Rede zum Haushaltsentwurf 2021/2022

13.4.2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Dr. Clemens, sehr geehrter Herr Gangl, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben diesmal nicht nur den Doppelhaushalt 2021/2022 zu besprechen und zu beschließen, sondern auch die Vorschläge der Verwaltung für die Haushaltskonsolidierung, die im Haushaltsentwurf bereits eingepreist sind.

Um es gleich zu Beginn auf den Punkt zu bringen: Was uns hier vorgelegt wird, ist aus unserer Sicht nicht sozial ausgewogen und wenn man berücksichtigt, dass die Pandemie weite Teile der Arbeitnehmerschaft, der Selbständigen, des Mittelstands im Einzelhandel und Gastronomie in eine tiefe Krise gestürzt hat, sind viele angedachte Maßnahmen geeignet die Krise zu verschärfen und dadurch nicht nachhaltig im Sinne einer Konsolidierung.

1.

Erst einmal finden wir es richtig, dass die Investitionen in die Infrastruktur weiter gehen sollen, auch wenn wir keinen Hehl daraus machen, dass für uns die Investitionen in die Modernisierung und Digitalisierung der Schulen Vorrang haben, also Investitionen in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen Vorrang haben vor Investitionen in den Beton wie die Tiefgarage am Marktplatz. Aber das sieht bekanntlich die Mehrheit des Gemeinderats anders.

2.

Was völlig sozial unausgewogen daher kommt sind die Zeitabläufe der verschiedenen Maßnahmen. Während die Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger bereits dieses Jahr greifen sollen, soll dies bei der Gewerbesteuererhöhung erst 2022 der Fall sein.

Gerade jetzt wäre es wichtig den Gewinn bei dem großen Unternehmen mit dem Stern nicht nur den Aktionären zu überlassen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Da sparte Daimler 700 Millionen Euro letztes Jahr durch Kurzarbeit. Der operative Gewinn stieg um 50 Prozent auf 6,6 Milliarden Euro, die Dividende ist von 90 Cent auf 1,35 Euro je Aktie gestiegen.

**Für eine neue soziale Idee!**

3,6 Milliarden Euro zahlte der Konzern somit an die Aktionäre aus. Direkter kann Steuergeld nicht in die Kassen der Aktionäre fließen! Und was macht die Verwaltung? Sie macht keine Anstalten etwas von dem Steuergeld für die Allgemeinheit zurückzuholen. Sie signalisiert im Gegenteil dem Unternehmen, ihr habt jetzt ein Jahr Zeit die Gewinne zu verschleiern, bevor wir die Hand aufhalten.

3.

So sehr wir es begrüßen, dass die Verwaltung nicht mehr wie bisher eine Gewerbesteuer-oase sein möchte und bereit ist den Hebesatz von 370 v.H. um 10 Punkte anzuheben, finden wir in Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen, dass die Anhebung höher ausfallen muss.

Der Gesetzgeber hat nicht zu Unrecht "infolge der Corona-Pandemie eine finanzielle Schieflage der Kommunen" befürchtet und deshalb vor kurzem den § 35 des Einkommensteuergesetzes novelliert. Dadurch sind Hebesätze von nunmehr bis zu 400 v.H., für einen Großteil der Gewerbesteuerzahler steuerlich unschädlich. Personengesellschaften können die Gewerbesteuer bis zum 400 v.H. auf die Einkommenssteuer anrechnen. Bei diesen ist die Erhöhung der Gewerbesteuer aufwandsneutral.

Bei den Kapitalgesellschaften ist eine zusätzliche Belastung zwar nicht zu vermeiden. Hierbei ergäbe sich bei einer fiktiven Erhöhung des Hebesatzes auf 400 von Hundert eine Mehrbelastung von 700 Euro je 100 000 Euro Gewinn. Aber selbst wir schlagen keine Erhöhung auf 400 Punkte vor. Im Hinblick darauf, dass andere Daimler-Standorte einen von uns vorgeschlagenen oder höheren Gewerbesteuerhebesatz haben, halten wir es für verhältnismäßig den Hebesatz um 20 Punkte zu erhöhen. Zum Vergleich: Rastatt (390), Esslingen (400), Stuttgart (420), Mannheim (430).

Bei einer Gewerbesteuererhöhung in Höhe wie von der Verwaltung gewünscht bereits ab 1.1.2021 hätten wir Mehreinnahmen von 1.3 Millionen Euro für das Jahr 2021 und nach unserem Vorschlag mit 20 Prozentpunkten sogar von 2.6 Millionen €.

4.

Wir könnten dann ohne weiteres auf eine Erhöhung der Grundsteuer verzichten, die nach dem Vorschlag der Verwaltung Mehreinnahmen von 1,17 Millionen € bringen soll.

Grundsätzlich hätten wir keine Einwände gegen die Erhöhung der Grundsteuer, weil diese auch von den Eigentümern großer Grundstücke zu zahlen ist, aber solange in der Betriebskostenverordnung des Bundes in § 2 namentlich die Grundsteuer zu den auf die Mieterinnen und Mieter abzuwälzenden Kosten aufgezählt wird, bedeutet die Zustimmung zur Erhöhung der Grundsteuer „Ja“ zu sagen zu einer flächendeckenden Mieterhöhung. Dazu können wir als LINKE angesichts der bereits jetzt hohen Mieten nur NEIN sagen.

5.

Wenn wir schon bei den Steuern sind. Wir halten es nicht für sinnvoll die Hundesteuer für den ersten Hund anzuheben. Es gibt viele einsame Menschen in unserer Gesellschaft, deren einziger Gefährte ein Hund ist, diesen Menschen wollen wir nicht das Halten des Hundes verteuern. Wir haben jedoch keine Einwände gegen eine Erhöhung für einen weiteren Hund oder gegen die Einführung einer Kampfhundesteuer.

6.

Damit komme ich zu den vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen:

Hier schlagen wir vor, auf die Gebührenerhöhungen bei den KiTA-Gebühren, bei den Badegebühren, bei den Gebühren für verlässliche Grundschule, sowie beim Benutzungsentgelt für Sportstätten zu verzichten.

6.1.

Bei den KiTa-Gebühren will ich nur wiederholen, dass die Kita inzwischen ein Teil der Bildung darstellt und daher wie die Schule kostenfrei sein soll. Daher können wir auch keiner Erhöhung zustimmen.

6.2.

Bei den Gebühren fürs Bad und verlässliche Grundschule müssen wir daran denken, dass gerade für die Menschen, die knapp über den ALGII-Grenzen liegen, eine Erhöhung der Gebühren sehr einschneidend sein kann und diese gezwungen sein könnten zu Lasten der Kinder auf Badbesuch und verlässliche Grundschule zu verzichten. Das wollen wir nicht. Wie könnten uns vorstellen, höheren Gebühren dann zuzustimmen, wenn die Grenzen für die Sindelfinger Berechtigungskarte, die letzte Änderung war 2012, entsprechend der Teuerungsrate in Baden-Württemberg um 16,7 % nach oben angepasst würde. Hierzu haben wir auch einen Antrag gestellt.

6.3.

Nicht sinnvoll ist es unseres Erachtens die Leistungsentgelte für die Sportstätten zu erhöhen, was erfahrungsgemäß zu höheren Mitgliedsbeiträgen führt, die dann sozial schwache Familien veranlassen ihre Kinder beim Sport abzumelden. Auch das wollen wir nicht.

6.4.

Die Beitragserhöhungen in einer Pandemie bzw. Nachpandemie-situation sind unabhängig von ihrer sozialen Ausgewogenheit ökonomisch unsinnig, weil sie die Massenkaufkraft, die bereits durch Kurzarbeit, Schließungen im Einzelhandel, geschwächt ist, noch mehr reduzieren. Mit Mieterhöhungen, mit Gebührenerhöhungen wird ein Teil der Kaufkraft dem Markt entzogen, statt mit dieser Kaufkraft nach der Pandemie den Einzelhandel, die Gastronomie und die Kulturlandschaft wieder zu beleben. Wenn die Umsätze dort stagnieren, stagnieren zwangsläufig die Einnahmeanteile der Kommune an der Umsatzsteuer. Das heißt die Maßnahmen der Stadt verschärfen die Krise, die sie zu bekämpfen vorgeben.

7. Die vorgeschlagene Erhöhung der Parkgebühren scheint uns im Hinblick auf andere Städte (zum Beispiel Stuttgart) wenig ambitioniert zu sein. Wenn wir bei der Sanierung der Tiefgarage am Marktplatz 100.000 € für einen Parkplatz aufwenden, dann sollte doch wenigstens einen Teil davon mit Parkgebühren einspielen.

Außerdem wäre sinnvoll das Personal im Bußgeldamt zu verdoppeln, denn dieses erbringt bereits jetzt ein Plus von 1,2 Millionen, wie man der S.214 des HH entnehmen kann. Der Mehrwert wären dann Einnahmen von 2,4 Millionen.

8.

Wir sind der Meinung, dass die beiden von Vereinen verwalteten Bäder erhalten werden müssen, dass der Gemeinderat nicht verkleinert werden, dass auf die Mitarbeit der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger nicht verzichtet werden sollte.

9.

Aus Zeitgründen soll noch auf die Problematik der Kürzung bei den Trägervereinen eingegangen werden. Die Verwaltung möchte hier eine Reduktion der Zuschüsse von 15 % aushandeln. Dadurch soll ein Volumen von 500.000 € eingespart werden. Bekanntlich handelt es sich bei diesen Zuschüssen um Zuschüsse für Personalkosten. Die bei den Trägervereinen eingestellten Menschen sind sehr oft mit Teilzeit und Befristung jetzt schon prekär beschäftigt. Eine Kürzung der Zuschüsse bedeutet eine Verschärfung der prekären Beschäftigung. Diesen Vorschlag lehnen wir als LINKE daher ab und haben auch dazu einen Antrag gestellt.

Wir möchten gerne einen Vorschlag unterbreiten, wie wir das Volumen von 500.000 € anderweitig zusammen bekommen. Wir sollten auf den Zuschuss zur Finanzierung des Hauses der Donauschwaben verzichten, der für 2021 mit 100.000 € und im Jahr 2022 mit 400.000 € im Haushaltsentwurf eingestellt ist. Stattdessen sollte der Verein der Donauschwaben in das Konzept des geplanten Kultur- und Bürgerzentrums mit integriert und der Museumsteil in das Haus der Geschichte in Stuttgart eingebracht werden. Somit hätten wir auch einen Beitrag zur Aufgabenkritik geleistet. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt sein, aussterbende Vereine künstlich am Leben zu erhalten.

10.

Unsere Zustimmung oder Ablehnung des Haushalts werden wir als LINKE daran festmachen, ob unsere Anträge, die im Haushalt die Schieflage der fehlenden sozialen Ausgewogenheit mindern sollen, Berücksichtigung finden.

11.

Unser Dank gilt allen Beschäftigten der Stadt, die sich an der Erarbeitung des Haushalts eingebracht haben, insbesondere Herr Pflumm und Frau Althammer, die auch unsere Fragen geduldig beantwortet hat.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Dr. Clemens, sehr geehrter Herr Gangl, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben diesmal nicht nur den Doppelhaushalt 2021/2022 zu besprechen und zu beschließen, sondern auch die Vorschläge der Verwaltung für die Haushaltskonsolidierung, die im Haushaltsentwurf bereits eingepreist sind.

Um es gleich zu Beginn auf den Punkt zu bringen: Was uns hier vorgelegt wird, ist aus unserer Sicht nicht sozial ausgewogen und wenn man berücksichtigt, dass die Pandemie weite Teile der Arbeitnehmerschaft, der Selbständigen, des Mittelstands im Einzelhandel und Gastronomie in eine tiefe Krise gestürzt hat, sind viele angedachte Maßnahmen geeignet die Krise zu verschärfen und dadurch nicht nachhaltig im Sinne einer Konsolidierung.

1.

Erst einmal finden wir es richtig, dass die Investitionen in die Infrastruktur weiter gehen sollen, auch wenn wir keinen Hehl daraus machen, dass für uns die Investitionen in die Modernisierung und Digitalisierung der Schulen Vorrang haben, also Investitionen in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen Vorrang haben vor Investitionen in den Beton wie die Tiefgarage am Marktplatz. Aber das sieht bekanntlich die Mehrheit des Gemeinderats anders.

2.

Was völlig sozial unausgewogen daher kommt sind die Zeitabläufe der verschiedenen Maßnahmen. Während die Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger bereits dieses Jahr greifen sollen, soll dies bei der Gewerbesteuererhöhung erst 2022 der Fall sein.

Gerade jetzt wäre es wichtig den Gewinn bei dem großen Unternehmen mit dem Stern nicht nur den Aktionären zu überlassen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Da sparte Daimler 700 Millionen Euro letztes Jahr durch Kurzarbeit. Der operative Gewinn stieg um 50 Prozent auf 6,6 Milliarden Euro, die Dividende ist von 90 Cent auf 1,35 Euro je Aktie gestiegen.

3,6 Milliarden Euro zahlte der Konzern somit an die Aktionäre aus. Direkter kann Steuergeld nicht in die Kassen der Aktionäre fließen! Und was macht die Verwaltung, sie macht keine Anstalten etwas von dem Steuergeld für die Allgemeinheit zurückzuholen. Sie signalisiert im Gegenteil dem Unternehmen, ihr habt jetzt ein Jahr Zeit die Gewinne zu verschleiern bevor wir die Hand aufhalten.

3.

So sehr wir es begrüßen, dass die Verwaltung nicht mehr wie bisher eine Gewerbesteueroase sein möchte und bereit ist den Hebesatz von 370 v.H. um 10 Punkte anzuheben, finden wir in Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen, dass die Anhebung durchaus höher ausfallen könnte.

Der Gesetzgeber hat nicht zu Unrecht "infolge der Corona-Pandemie eine finanzielle Schieflage der Kommunen" befürchtet und deshalb vor kurzem den § 35 des Einkommensteuergesetzes novelliert. Dadurch sind Hebesätze von nunmehr bis zu 400 v.H., für einen Großteil der Gewerbesteuerzahler steuerlich

unschädlich. Personengesellschaften können die Gewerbesteuer bis zum 400 v.H. auf die Einkommenssteuer anrechnen. Bei diesen ist die Erhöhung der Gewerbesteuer aufwandsneutral.

Bei den Kapitalgesellschaften ist eine zusätzliche Belastung zwar nicht zu vermeiden. Hierbei ergäbe sich bei einer fiktiven Erhöhung des Hebesatzes auf 400 von Hundert eine Mehrbelastung von 700 Euro je 100 000 Euro Gewinn. Aber selbst wir schlagen keine Erhöhung auf 400 Punkte vor. Im Hinblick darauf, dass andere Daimler-Standorte einen von uns vorgeschlagenen oder höheren Gewerbesteuerhebesatz haben, halten wir es für verhältnismäßig den Hebesatz um 20 Punkte zu erhöhen. Zum Vergleich: Rastatt (390), Esslingen (400), Stuttgart (420), Mannheim (430).

Bei einer Gewerbesteuererhöhung in Höhe wie von der Verwaltung gewünscht bereits ab 1.1.2021 hätten wir Mehreinnahmen von 1.3 Millionen Euro für das Jahr 2021 und nach unserem Vorschlag mit 20 Prozentpunkten sogar von 2.6 Millionen €.

4.

Wir könnten dann ohne weiteres auf eine Erhöhung der Grundsteuer verzichten, die nach dem Vorschlag der Verwaltung Mehreinnahmen von 1,17 Millionen € bringen soll.

Grundsätzlich hätten wir keine Einwände gegen die Erhöhung der Grundsteuer, weil diese auch von den Eigentümern großer Grundstücke zu zahlen ist, aber solange in der Betriebskostenverordnung des Bundes in § 2 namentlich die Grundsteuer zu den auf die Mieterinnen und Mieter abzuwälzenden Kosten aufgezählt wird, bedeutet die Zustimmung zur Erhöhung der Grundsteuer „Ja“ zu sagen zu einer flächendeckenden Mieterhöhung. Dazu können wir als LINKE angesichts der bereits jetzt hohen Mieten nur NEIN sagen.

5.

Wenn wir schon bei den Steuern sind. Wir halten es nicht für sinnvoll die Hundesteuer für den ersten Hund anzuheben. Es gibt viele einsame Menschen in unserer Gesellschaft, deren einziger Gefährte ein Hund ist, diesen Menschen wollen wir nicht das Halten des Hundes verteuern. Wir haben jedoch keine Einwände gegen eine Erhöhung pro weiteren Hund oder gegen die Einführung einer Steuer bei Kampfhunden.

6.

Damit komme ich zu den vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen:

Hier schlagen wir vor, auf die Gebührenerhöhungen bei den KiTA-Gebühren, bei den Badegebühren, bei den Gebühren für verlässliche Grundschule, sowie beim Benutzungsentgelt für Sportstätten zu verzichten.

6.1.

Bei den KiTa-Gebühren will ich nur wiederholen, dass die Kita inzwischen ein Teil der Bildung darstellt und daher wie die Schule kostenfrei sein soll. Daher können wir auch keiner Erhöhung zustimmen.

6.2.

Bei den Gebühren für Badegebühren und verlässliche Grundschule müssen wir daran denken, dass gerade für die Menschen, die knapp über den ALGII-Grenzen liegen, eine Erhöhung der Gebühren sehr einschneidend sein kann und diese gezwungen sein könnten zu Lasten der Kinder auf Badbesuch und verlässliche Grundschule zu verzichten. Das wollen wir nicht. Wie könnten uns vorstellen, höheren Gebühren dann zuzustimmen, wenn die Grenzen für die Sindelfinger Berechtigungskarte, die letzte Änderung war 2012, entsprechend der Teuerungsrate in Baden-Württemberg um 16,7 % nach oben angepasst würde. Hierzu haben wir auch einen Antrag gestellt.

6.3.

Nicht sinnvoll ist es unseres Erachtens die Leistungsentgelte für die Sportstätten zu erhöhen, was erfahrungsgemäß zu höheren Mitgliedsbeiträgen führt, die sozial schwache Familien veranlassen ihre Kinder beim Sport abzumelden.

6.4.

Die Beitragserhöhungen in einer Pandemie bzw. Nachpandemie-situation sind unabhängig von ihrer sozialen Ausgewogenheit ökonomisch unsinnig, weil sie die Massenkaukraft, die bereits durch Kurzarbeit, Schließungen im Einzelhandel, geschwächt ist, noch mehr reduzieren. Mit Mieterhöhungen, mit Gebührenerhöhungen wird ein Teil der Kaufkraft dem Markt entzogen, die nach der Pandemie notwendig wäre, um den Einzelhandel, die Gastronomie und die Kulturlandschaft wieder zu beleben. Wenn die Umsätze dort stagnieren, stagnieren zwangsläufig die Einnahmeanteile der Kommune an der Umsatzsteuer. Das heißt die Maßnahmen der Stadt verschärfen die Krise, die sie zu bekämpfen vorgeben.

7. Die vorgeschlagene Erhöhung der Parkgebühren scheint uns im Hinblick auf andere Städte (zum Beispiel Stuttgart) wenig ambitioniert zu sein. Wenn wir bei der Sanierung der Tiefgarage am Marktplatz 100.000 € für einen Parkplatz aufwenden, dann sollte doch wenigstens ein Teil davon eingespielt werden.

Außerdem wäre sinnvoll das Personal im Bußgeldamt zu verdoppeln, denn dieses erbringt bereits jetzt ein Plus von 1,2 Millionen, wie man der S.214 entnehmen kann. Das Doppelte wären dann 2.4 Millionen.

8.

Wir sind der Meinung, dass die beiden von Vereinen verwalteten Bäder erhalten werden, dass der Gemeinderat nicht verkleinert werden sollte, dass auf die Mitarbeit der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger nicht verzichtet werden sollte.

9.

Aus Zeitgründen soll noch auf die Problematik der Kürzung bei den Trägervereinen eingegangen werden. Die Verwaltung möchte hier eine Reduktion der Zuschüsse von 15 % aushandeln. Dadurch soll ein Volumen von 500.000 € gespart werden. Bekanntlich handelt es sich bei diesen Zuschüssen um Zuschüsse für Personal. Die

bei den Trägervereinen eingestellten Menschen sind sehr oft mit Teilzeit und Befristung jetzt schon prekär beschäftigt. Eine Kürzung der Zuschüsse bedeutet eine Verschärfung der prekären Beschäftigung. Diesen Vorschlag lehnen wir als LINKE daher ab und haben auch dazu einen Antrag gestellt.

Wir möchten gerne einen Vorschlag unterbreiten, wie wir das Volumen von 500.000 € anderweitig zusammen bekommen. Wir sollten auf den Zuschuss zur Finanzierung des Hauses der Donauschwaben verzichten, der für 2021 mit 100.000 € und im Jahr 2022 mit 400.000 € im Haushaltsentwurf eingestellt ist. Stattdessen sollte der Verein der Donauschwaben in das Konzept des geplanten Kultur- und Bürgerzentrums mit integriert und der Museumsteil in das Haus der Geschichte in Stuttgart eingebracht werden. Somit hätten wir auch einen Beitrag zur Aufgabenkritik geleistet. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt sein, aussterbende Vereine künstlich am Leben zu erhalten.

10.

Unsere Zustimmung oder Ablehnung des Haushalts werden wir als LINKE daran festmachen, ob unsere Anträge, die im Haushalt die Schiefelage der fehlenden sozialen Ausgewogenheit mindern sollen, Berücksichtigung finden.

11.

Unser Dank gilt allen Beschäftigten der Stadt, die sich an der Erarbeitung des Haushalts eingebracht haben, insbesondere Herr Pflumm und Frau Althammer, die auch unsere Fragen geduldig beantwortet hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.